

HFR nimmt Notfall-Initiative gelassen

FREIBURG Am Freitag war bekannt geworden, dass ein Bürgerkomitee eine Volksinitiative für eine 24-Stunden-Notfallversorgung und für eine bürgernahe Akutversorgung lanciert. Annamaria Müller, Präsidentin des HFR, zeigte sich davon nicht überrascht. Der Verwaltungsrat habe mit dem Initiativkomitee im Vorfeld gesprochen. Beide Seiten hätten ihre Sicht der Dinge dargelegt. Dabei sei bei den Initianten ein deutlicher Frust über die Schliessung des Notfalls und der Operationssäle in Riaz und Tafers im Zuge der Corona-Krise zu spüren gewesen. Das Vorgehen des Bürgerkomitees sei legitim, und der daraus entstehende demokratische Diskurs ermögliche es dem HFR, der Bevölkerung darzulegen, was ein 24-Stunden-Spitalnotfall tatsächlich bedeute.

«Die Vision 2030 sieht klar vor, dass wir die Gesundheitsstrategie nicht nur mit den medizinischen Partnern, sondern auch mit der Bevölkerung abstimmen. Denn sie ist es, die am Ende unsere Einrichtung besucht oder nicht», sagte Müller. Bis dahin sei die Reise aber noch weit. «Sie braucht ein Narrativ, und die Initiative trägt vielleicht dazu bei, dieses zu entwickeln.» Bauchweh macht ihr die Initiative jedenfalls nicht. «Der Text ist sehr allgemein gehalten. Im Falle einer Annahme würde er uns nicht so einengen, dass wir unsere Strategie grundsätzlich nicht mehr umsetzen könnten.» Welche Folgen der Verfassungsartikel hätte, würde stark von seiner Umsetzung auf Gesetzes-ebene abhängen. *rsa*

Express

Sanierung von Sportplatz liegt auf

WÜNNEWIL Im Februar 2020 hat der Generalrat von Wünnewil-Flamatt die Sanierung des Fussballplatzes in Wünnewil genehmigt. Nun liegt das Projekt öffentlich auf, wie aus dem Amtsblatt hervorgeht. Geplant ist, dass ein Kunstrasen auf dem Hauptfeld verlegt wird. Die Kosten belaufen sich auf rund 1,4 Millionen Franken, diesem Bruttokredit stimmte der Generalrat letzten Winter zu. *sf*

«Bauern gegen Bauern»

Ist die Einsprache der Fenaco gegen das Projekt «Bio Gemüse Seeland» berechtigt? Oder ist die Wettbewerbsneutralität gegeben? Das haben die FN den Juristen Andreas Stöckli von der Uni Freiburg gefragt.

Etelka Müller

FREIBURG Der Grosse Rat sprach im Dezember 7,5 Millionen Franken für das Projekt zur regionalen Entwicklung (PRE) «Bio Gemüse Seeland». Aufgrund der finanziellen Beteiligung des Kantons steuert der Bund fast 9,4 Millionen Franken bei. Das Projekt stellt das Bio-Gemüse ins Zentrum und soll die Produktion, die Vermarktung, verschiedene Verkaufsplattformen sowie touristische Angebote rund um das Bio-Gemüse koordinieren. Die Genossenschaft Fenaco reichte im Januar jedoch Einsprache gegen das Projekt ein. Darin macht sie Wettbewerbsverzerrung geltend.

Wichtige Akteure im Projekt sind die Produzentenorganisation Terraviva in Kerzers und Seeland Bio in Büchslen. Die Nachfrage nach Bio-Gemüse steige, die Infrastruktur sei am Anschlag. Teil des Projekts sind bauliche Erweiterungen bei Terraviva und bei Seeland Bio. Terraviva hat bereits die Baubewilligung erhalten für einen Neubau nahe ihrem Standort in Kerzers. Seeland Bio möchte ein neues Gebäude in Ried errichten. Gelder von Bund und Kanton fließen auch in diese zwei Teilprojekte für Gewerbenbauten: 11,1 Millionen Franken für Terraviva und 1,7 Millionen Franken für Seeland Bio.

Die Einsprache der Fenaco richtet sich insbesondere gegen die finanzielle Unterstützung für die Bauten, damit aber auch gegen das gesamte Projekt: «Damit ein PRE-Projekt überhaupt bewilligt werden kann, muss sichergestellt sein, dass das Vorhaben die Wettbewerbsneutralität nicht verletzt», heisst es in der Einsprache.

Empört über Einsprache

Im Grossen Rat war die Subventionierung des Entwicklungsprojekts unbestritten. Grossrätin Bernadette Hänni aus Murten zeigte sich empört über die Einsprache: «Die Fenaco ist im Vergleich zu den Bio-Bauern ein Riese. Der Umsatz der Fenaco beträgt sieben Milliarden, jener von Terraviva 70 Millionen.» Es sei unverhältnismässig, von Wettbewerbsverzerrung zu sprechen. «Bauern gegen Bauern» heisse es jetzt. Zudem vertreibe die Fenaco grundsätzlich Produkte aus konventioneller Produktion.



Gemüseanbau auf Freiburger und Berner Boden im Grossen Moos.

Bild Aldo Ellena/af

ern gegen Bauern» heisse es jetzt. Zudem vertreibe die Fenaco grundsätzlich Produkte aus konventioneller Produktion.

Ist die Fenaco ein Konkurrent?

Projekte zur regionalen Entwicklung (PRE) wurden im Rahmen der Agrarpolitik 2007 eingeführt. Der Bund gewährt Beiträge zur Förderung von einheimischen und regionalen Produkten. Im Bundesgesetz über die Landwirtschaft wie auch in der Strukturverbesserungsverordnung des Bundes ist in Bezug auf Förderungsgelder von der besagten Wettbewerbsneutralität die Rede.

«Darauf bezieht sich die Einsprache der Fenaco», erklärt Andreas Stöckli, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Freiburg. «Es heisst dort, dass Investitionshilfen nur dann gewährt werden, wenn im wirtschaftlich relevanten Einzugsgebiet keine direkt betroffenen Betriebe bereit und in der Lage sind, die vorgesehene Aufgabe gleichwertig zu erfüllen oder eine gleichwertige Dienstleistung zu

erbringen.» Bei Projekten, die voraussichtlich erhebliche Auswirkungen auf den Wettbewerb haben, sei es zielführend, so Stöckli, «in einer frühen Planungsphase die direkt betroffenen Gewerbebetriebe und deren gewerbliche Organisatio-

«Die direkt betroffenen Gewerbebetriebe beziehungsweise die Fenaco dürften legitimiert sein, Einsprache zu erheben.»

Andreas Stöckli
Professor für Staats- und Verwaltungsrecht

nen einzubeziehen, gemeinsam die Auswirkungen auf den Wettbewerb zu diskutieren und nach Möglichkeit Synergien zu finden».

Weiter müsse vor dem Genehmigungsentscheid eine Ein-

sprachemöglichkeit für Konkurrenten eröffnet werden.

Legitimiert für Einsprache

Im Amtsblatt von Anfang Dezember lag das Projekt, wie im Gesetz festgelegt, öffentlich auf. Damit sind Einspracheverfahren möglich. Fakt ist auch, dass die Fenaco in Ins eine Obst- und Gemüsezentrale betreibt, die sowohl Bio-Produkte als auch konventionelle Nahrungsmittel vertreibt. Auch wenn sich die Fenaco-Zentrale nicht im Kanton Freiburg befindet, sondern in nahe gelegenen bernischen Ins, gehöre sie wohl zum «wirtschaftlich relevanten Einzugsgebiet», spricht zum Seeland.

«Die direkt betroffenen Gewerbebetriebe beziehungsweise die Fenaco dürften legitimiert sein, Einsprache zu erheben. Die Einsprache der Fenaco erscheint in der Sache nicht von vornherein aussichtslos», schätzt Andreas Stöckli die Lage ein. Laut Landwirtschaftsdirektor Didier Castella ist der Staatsrat nun daran, die Situation neu zu beurteilen.

Genossenschaft

Fenaco setzt vermehrt auf Bio

Die Genossenschaft Fenaco gibt auf Anfrage keine detaillierten Umsatzzahlen zu Bio-Produkten bekannt. Auf wiederholte Nachfrage schreibt die Fenaco, dass sie in der Obst- und Gemüsezentrale Ins für 2021 mit einem Bio-Umsatz von fünf Millionen Franken rechne. Hundert Prozent der in Ins verarbeiteten Kartoffeln, Karotten und Zwiebeln stammten aus biologischer Produktion. Die Fenaco habe ihre Bio-Aktivitäten in den letzten zehn Jahren gemeinsam mit den Produzentinnen und Produzenten stark ausgebaut. Die Marktnachfrage nehme weiter zu, und darauf stelle sich die Fenaco ein. In den letzten drei Jahren habe sich das Bio-Volumen in Ins verdoppelt. *emu*

Inserat

Covid-19 und die Jugendlichen!

Machen Sie sich in diesen schwierigen Zeiten Sorgen um ihren Teenager?

Professionelle Dienststellen sind da, um zu helfen!

147.ch
24x7
Telefon 147
SMS, E-Mail, Chat

feel-ok.ch
Beratung und Hilfe online Plattform

REPER
026 322 2901
info@reper-fr.ch

COVID19
Freiburg Freiburg
www.fr.ch

www.fr.ch/hilfe-schwierigkeiten

ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG